

Solardächer zur Not abregeln? „Das wird Ärger geben, da mache ich mir keine Illusionen“

Welt, 13.01.2025, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus255076826/PV-Anlagen-zur-Not-abregeln-Das-wird-Aerger-geben-da-mache-ich-mir-keine-Illusionen.html>

Deutschlands Netz wird bei sonnigem Wetter mit Solarstrom geflutet. Um es stabil zu halten, sollen im Notfall auch kleinere Anlagen vom Netz getrennt werden können, sagt der Chef des Netzbetreibers 50Hertz. Zudem warnt er vor einer weiteren Beschleunigung des Solarzubaues.

Die Netzbetreiber fordern Zugriff auf private Solardächer, um bei Stromüberschuss notfalls abregeln zu können. Für Stefan Kapferer, Chef des Übertragungsnetzbetreibers 50Hertz, ist eine schnelle gesetzliche Ermächtigung dafür „unglaublich wichtig“. Andernfalls drohten regionale Stromabschaltungen. Eine weitere Beschleunigung des Solarausbaus mache vorerst „definitiv keinen Sinn“.

WELT: Herr Kapferer, in Energiewirtschaft und Politik mehren sich die Stimmen, die im Frühjahr vor sogenannten Brownouts warnen. Wegen eines nicht mehr steuerbaren Solarstrom-Überschusses müssten in ganzen Regionen nicht nur Stromerzeuger vom Netz getrennt werden. Auch Verbrauchern würde auf kontrollierte Art der Strom zeitweise abgestellt. Besteht diese Gefahr?

Stefan Kapferer: Eine solche Situation ist denkbar, aber wir werden alles dafür tun, dass es nicht dazu kommt. In Deutschland hat sich der Zubau von Solaranlagen extrem beschleunigt. Aber auch ganz Europa wird inzwischen bei entsprechendem Wetter mit Solarstrom geflutet. Zusätzlich zu unserem Überangebot im Frühjahr drückt dann auch Solarstrom aus Polen, den Niederlanden und anderen Ländern in unser Netz. Das macht es schwierig, Solarüberschüsse zu exportieren. Der Binnenmarkt stößt da an seine Grenzen. Diese Überschüsse sorgen für Stress im Netz.

WELT: Bei Überschüssen kann man Stromerzeuger, Kraftwerke, auch Solaranlagen und Windparks abstellen. Warum würde man zum Mittel des Brownouts greifen, also gezielt auch Verbraucher vom Netz trennen? Ein mehr an Verbrauch ist doch bei Überschüssen eigentlich erwünscht.

Kapferer: Überschüssiger Strom kann die Frequenz im Leitungsnetz aus dem Takt bringen. Wir haben eine Reihe von Maßnahmen, diese Frequenz bei 50Hertz stabil zu halten. Dazu gehört es auch, Stromerzeuger abzuregulieren. Reicht das nicht, kann im äußersten Notfall eine zeitlich begrenzte, regionale Netzabschaltung notwendig werden, um es nicht zu größeren Netzproblemen kommen zu lassen. Diese Gefahr hat zugenommen, weil wir in kurzer Zeit sehr viele Photovoltaik-Anlagen bekommen haben, die sich nicht alle ausreichend steuern und abregeln lassen. Anders als andere Kraftwerke produzieren Teile der Anlagen immer weiter, ganz egal, wie tief der Preis für Kilowattstunden am Großhandelsmarkt fällt.

WELT: Die Rot-grüne Restampel hatte kurz vor Weihnachten sogar mit einem Eilgesetz versucht, das Leitungsnetz vor Überlastung durch ungesteuerte Solar-Überschüsse zu schützen soll. Er fand keine Mehrheit im Parlament.

Kapferer: Ich sage ganz offen: Wir halten dieses sogenannte Solarspitzen-Gesetz für dringend erforderlich. Mein Appell an alle demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag ist, den Entwurf nach Möglichkeit schnell zu verabschieden. Denn ganz egal, wer im Frühjahr 2025 dieses Land regiert: Er hat das Problem auf dem Tisch. Es wird dann niemandem helfen, die Verantwortung auf die alte Bundesregierung zu schieben.

WELT: Was nützen die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Eindämmung der Solar-Flut überhaupt, wenn sie wegen des Bestandsschutzes nur für Neuanlagen gelten? Ist das Kind nicht schon in den Brunnen gefallen?

Kapferer: Solaranlagen mit mehr als 100 Kilowatt Leistung müssten ja schon nach heutiger Regelung ferngesteuert regelbar sein. Nur scheint das technisch bislang nicht überall gut zu funktionieren. Das geplante Solarspitzen-Gesetz sieht hier eine Art Anlagen-TÜV für Bestands- und Neu-Anlagen vor. Zudem würden wir in die Lage versetzt, Testläufe zu machen, also Solaranlagen probeweise über die Verteilnetzbetreiber abzuschalten. Das wäre schon mal ganz wichtig. Unsere Experten sagen: Wenn wenigstens die großen Anlagen auf Steuersignale verlässlich reagieren, dann wären wir auf der sicheren Seite und kommen noch 2025 und 2026 klar mit dem System.

WELT: Eine Rechnung mit einer großen Unbekannten: Der jüngste Ausbau-Rekord von 17 Gigawatt soll bis 2026 weiter auf 22 Gigawatt neue Solarleistung gesteigert werden. Das geht nur mit einer Masse neuer kleiner, kaum steuerbarer Dachanlagen unterhalb der 100 Kilowatt-Schwelle. Die erreichen Sie mit ihren Probeläufen nicht.

Kapferer: Deshalb plant der Gesetzgeber in Paragraph 94 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zusätzlich eine Verordnungsermächtigung für den systemdienlichen Anlagenbetrieb. Damit können die Netzbetreiber als Notfallmaßnahme Dritte beauftragen, auch kleine Solaranlagen abzuregeln, wenn es die Stabilität des Netzes erfordert. Wenn der Gesetzgeber die Voraussetzung schafft, können zum Beispiel über ferngesteuerte Wechselrichter auch kleinere Dachanlagen abregelt werden. Das geht nicht bei allen Anlagen. Aber eine hohe einstellige Gigawatt-Zahl könnte so aus dem System genommen werden, wenn zu viel Solarstrom die Netze flutet. Deshalb ist diese Verordnungsermächtigung unglaublich wichtig.

WELT: Sie betonen die Dringlichkeit. Das zeigt, dass die Gefahr von Brownouts real ist.

Kapferer: Ich würde es mal so formulieren: Die Umsetzung des Solarspitzen-Gesetzes als Teil des EEG, wie es den Fraktionen derzeit vorliegt, hilft uns mittelfristig, Brownouts zu vermeiden. Kurzfristige Abhilfe schaffen die Verbesserung der Steuerbarkeit der Bestandsanlagen und die Ansprache der Direktvermarkter.

WELT: Die Abregelung kleiner Dachanlagen über die Wechselrichter-Hersteller wird den Anlagenbesitzern aber gar nicht schmecken.

Kapferer: Das wird Ärger geben, da mache ich mir gar keine Illusionen. Aber bevor wir Netze stilllegen, lege ich im Notfall lieber einzelne Anlagen still. Die regionale Netzabtrennung, die Sie Brownout nennen, ist ja ohnehin nur die allerletzte Notmaßnahme in unserem Instrumentenkasten.

WELT: Es bleibt der Eindruck, dass es sich um eine eilige Notoperation am Stromsystem handelt. Der Erfolg bleibt ungewiss.

Kapferer: Von dem ungeheuren Tempo des Solarausbaus in den vergangenen beiden Jahren sind alle überrascht worden. Jetzt müssen wir damit umgehen lernen, und zwar schnell. Ich will überhaupt nicht drum herumreden: Ich halte eine weitere Beschleunigung des Solarzubaues für kontraproduktiv.

WELT: Ist Deutschland mit so viel Sonnenenergie strukturell überfordert?

Kapferer: Wenn wir in fünf Jahren vielleicht 20 Gigawatt Großbatterie-Speicher an den richtigen Stellen im System haben und die Elektromobilität den großen Durchbruch erlebt, dann ist mehr Solar auch wieder okay, weil dann alle mittags ihre Autos und Akkus vollladen können. Aber in den Jahren 2025 und 2026 macht eine weitere Beschleunigung des Solarzubaues definitiv keinen Sinn.

WELT: Wenn wir bremsen, dürften das im Erneuerbare-Energien-Gesetz formulierte Ausbauziel von 215 Gigawatt bis 2030 nicht erreichbar sein ...

Kapferer: Aktuell sind die Regelungen ja so, dass wir die weitere Beschleunigung des Zubaues gar nicht verhindern können. Aber wir müssen eine ehrliche Debatte führen. Alle, die nicht wollen, dass der Solarzubau gebremst wird, müssten ein Interesse am Solarspitzen-Gesetz haben. Denn wenn wir das nicht bekommen, muss der Gesetzgeber in der nächsten Legislatur nachsteuern. Und dann wird es nicht mehr reichen, die Steuerbarkeit der Anlagen zu regeln, dann wird man auch die Ausbauziele nach unten anpassen müssen.

WELT: Fehlen uns nicht grüne Kilowattstunden für die Dekarbonisierung, wenn wir die Solarstrom-Erzeugung abbremsen?

Kapferer: Es wäre nicht schlimm, den Zubau etwas weniger dynamisch zu gestalten, weil ja auch der Stromverbrauch nicht so schnell wächst, wie wir mal geglaubt haben. Er ist einige Jahre gefallen, jetzt steigt er langsam wieder. Das Ziel von 80 Prozent erneuerbarer Energien schaffen wir fraglos, wenn der Stromverbrauch nur langsam wächst oder sogar zurückgeht. Wir müssen ja nicht die volatilen Erneuerbaren immer weiter hochjuxen, wenn die Nachfrage gar nicht da ist. Was uns fehlt, sind steuerbare Gaskraftwerke zum Ausgleich der wetterabhängigen Stromproduktion.

WELT: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ist mit seinem Beihilfegesetz für neue Gaskraftwerke aber kurz vor Weihnachten im Bundestag gescheitert.

Kapferer: Dass wir diese Kapazitäten brauchen, haben die Dunkelflauten in den vergangenen Wochen deutlich gezeigt. Wir hatten Stress im System und zum Teil extrem hohe Strompreise, weil uns nicht genügend gesicherte Leistung zur Verfügung stand. Wir brauchen endlich einen eigenen Markt für Reserveleistung. Die nächste Bundesregierung muss auch den Bau neuer Gaskraftwerke zur Priorität machen. Denn eines ist ja sicher: Nach dem Problem mit der Solarstrom-Flut im Sommer kommt im Winter das Problem mit den Dunkelflauten zurück.